

Joseph Comblin

Der Krieg und das Recht legitimer Verteidigung

Im Altertum konnte Rom sechzig Völker unterwerfen, indem es lediglich Verteidigungskriege führte, also gerechte Kriege. Durch ein geschicktes Spiel mit Bündnissen und Provokationen erreichte es immer, daß die Völker, die es erobern wollte, sich als erste ins Unrecht setzten. Dann intervenierte es, um das Unrecht zu ahnden und die Gerechtigkeit wiederherzustellen.

Dieses Beispiel zeigt sehr gut, wie zufällig und oberflächlich die Rolle der Moral ist, wenn man sie auf den Krieg bezieht. Übrigens, in allen Kriegen berufen sich die einander gegenüberstehenden Seiten auf gerechte Gründe. Jede Seite betrachtet sich als das Opfer, das dazu verurteilt ist, die Gerechtigkeit zu verteidigen. Von daher gibt es immer nur gerechte Kriege auf beiden Seiten, wenigstens nach der Überzeugung der Kontrahenten. Man führt immer nur Krieg, um die Gerechtigkeit zu verteidigen. Daher ist die Lehre vom gerechten Krieg so wenig hilfreich.

Ist es ungeachtet dessen nicht doch möglich, daß die Moral einen gewissen Einfluß auf Kriege ausübt, sei es, sie zu verhindern, sie zu beenden, oder sei es, sie zu begrenzen oder sie zu verändern? Auf den ersten Blick ist die historische Erfahrung nicht sehr ermutigend. Selbst wenn man von der Moral weder radikale Umkehr noch absolut lauterer Verhalten erhofft, ist es dennoch möglich einzusehen, daß die moralischen Reaktionen von Individuen oder Gruppen, selbst bei Ereignissen der neueren Zeit einen gewissen Erfolg haben können, vor allem, wenn diese Reaktionen von den Kirchen unterstützt werden. Der Einfluß des Faktors Moral ist grundsätzlich schwer auszumachen. Er kommt nie allein vor; andere Faktoren können in die gleiche Richtung zielen. Wie kann man zum Beispiel an den Campagnen, die in den Vereinigten Staaten ab

1967 gegen den Vietnamkrieg geführt wurden, einerseits das moralische Engagement, und andererseits die vielen Aktivitäten, die aus wirtschaftlichen Erwägungen geführt wurden, genau ausmachen? Es ist wahrscheinlich, daß die Moral allein nie stark genug ist, um den Gang der Ereignisse zu verändern oder den politischen Willen der Staaten zu beeinflussen. Aber der Faktor Moral kann einen Einfluß ausüben, wenn er sich auf andere Faktoren stützt, die allein keine Entscheidung bewirken könnten.

I. Ideologien und die Realität des Krieges

Das Gewissen kann zunächst im Sinne von Wissen um den Krieg tätig werden. Das Wissen ist nicht von der Moral abgekoppelt. Heute wie gestern ist das Verständnis vom Krieg durch Ideologien verworren. Wenn man versucht, eine Unterscheidung zwischen Ideologie und der Realität des Krieges zu treffen, kann dies hilfreich für den Frieden sein. Denn die Kriegsideologien zielen möglicherweise darauf ab, zu leichtfertig oder mit zuviel Enthusiasmus zu appellieren.

Es gibt zur Zeit zwei große Kriegsideologien, die marxistisch-leninistische und die amerikanische. Daneben existieren in der Dritten Welt Ansätze, eine eigene Ideologie zu formulieren.

Nach *sowjetischer Ideologie*, die marxistisch-leninistisch verstanden sein will, ist Krieg schließlich immer angebunden an das Ende der Klassenkämpfe, also an Imperialismus. Der Krieg ist die Fortsetzung der Aggressivität der amerikanischen Politik. Die Politik der Sowjetunion ist im Wesen pazifistisch. Ungeachtet der Aggressivität des amerikanischen Imperialismus ist Krieg dennoch nicht unvermeidbar, denn: «Der revolutionäre Kampf in der Sicht der Diktatur des Proletariats schließt die Ausübung offenen politischen Zwangs auf die Ausbeuter ein, er schließt nicht notwendigerweise den bewaffneten Kampf ein.»¹ Auf diese Art und Weise sind alle bewaffneten Interventionen der Sowjetunion von vornherein gerechtfertigt, weil sie durch den amerikanischen Imperialismus provoziert worden sind.

Die *amerikanische Ideologie* ist eingebunden in die «Strategie» der Militärakademien der Vereinigten Staaten und ihrer Satelliten, vor allem in der Dritten Welt. Als Grundlage dienen vor allem die Erfahrung von München und die Doktrin vom totalen Krieg, die zum ersten Mal von

Ludendorff formuliert wurde². Die Münchner Erfahrung lehrt, jeder aggressiven Macht, die mit dem Willen zur Weltherrschaft auftritt, zu widersprechen. Zur Zeit gilt die Sowjetunion als eine solche Macht. Niemand zweifelt daran, daß sie die Weltherrschaft anstrebt und jede Gelegenheit nützt, diesem Ziel näherzukommen. Hinter allen aktuellen Weltkonflikten steht dieser Eroberungswille der Sowjetunion. Sie ist im besonderen Quelle der revolutionären Kriege oder nationaler Befreiung in der Dritten Welt. Dies alles führt uns zum zweiten Teil der Ideologie: der Ideologie vom totalen Krieg. Als Folge der neuen Arten von Waffen und von Veränderungen, die durch Revolutionen bewirkt waren, wurden die Kriege zu totalen Kriegen. In Zukunft wird der Krieg ein Knäuel von militärischen, politischen, wirtschaftlichen oder ideologischen Aktionen darstellen. Die Formel von Clausewitz wird umgedreht, sozusagen auf den Kopf gestellt: Politik ist die Fortsetzung des Krieges mit allen Mitteln. Möglicherweise ist der Staat immer im Krieg gegen die Anwesenheit des Feindes in Form von Umsturz in allen möglichen Variationen. Der Rückgriff auf Waffen stellt keine qualitative Veränderung dar. Diese Haltung begünstigt bewaffnete Aktionen. Tatsächlich führt sie zum Übertreiben der feindlichen Drohung und deshalb dazu, bewaffnete Aktionen einzuleiten. Die Theorie von Dominosteinen, die unlängst in Süd-Ost-Asien angestoßen wurden und die heute in Zentralamerika angekommen sind, ist eines dieser Beispiele. Sie erleichtert den Rückgriff auf Waffen dort, wo auch andere Mittel ausreichen. Niemand zweifelt daran, daß die amerikanische Kriegstätigkeit seit Ende des Zweiten Weltkrieges durch die Ideologie der Militärs angekurbelt wurde.

In der *Dritten Welt* favorisiert man diejenige Anschauung, nach der hinter allen bewaffneten Aktivitäten immer der Imperialismus steht, seien es nun Überbleibsel des dekadenten Imperialismus französischen oder englischen Ursprungs, der amerikanische Imperialismus oder für einige sogar der sowjetische Imperialismus. Die Staatschefs, seien es Abenteurer oder Diktatoren, haben das gute Gewissen von Zauberlehrlingen. Der Kampf gegen den Imperialismus oder den Kolonialismus rechtfertigt alles – (zum Beispiel den Krieg zwischen Iran und Irak, oder den Krieg der Argentinier um die Malvinen, oder die Kriege in Äthiopien, im Tschad). Um es klarzustellen: die Schwierigkeit besteht heutzutage dar-

in, daß sich in der Welt kaum etwas ereignet, in das die großen Machtzentren nicht verwickelt sind. Aber dies ist kein Grund, damit alles zu erklären. In Wirklichkeit arbeitet man schon dann für den Frieden, wenn man die Ideologien entmystifiziert.

II. Die Kriegslogik

Es gibt naive Formen des Pazifismus, die die Kriegslogik nicht sehen. Manche glauben, es genüge, daß die Völker ihre Ablehnung des Krieges deutlich machten, damit Krieg unmöglich werde. Man braucht sich nur auf die Erfahrung oder die Vernunft zu berufen, um zu zeigen, daß Demonstrationen gegen den Krieg gerade einen Krieg provozieren. Man kann nicht direkt auf den Krieg einwirken, denn er ist Teil eines Gesamtzusammenhangs. Er gehorcht einer Logik. So kann man nur dann auf den Krieg einwirken, wenn man auf den Gesamtzusammenhang einwirkt. Der Krieg hat seine eigene Gesetzmäßigkeit. Um ihn zu beeinflussen, muß man diese Gesetzmäßigkeit kennen.

Krieg ist nicht einfach nur Ausbruch von Aggressivität oder Gewalt. Er ist eine organisierte und begrenzte Gewalt. Krieg ist nur dann möglich, wenn er sich selbst begrenzt. Der Atomkrieg wäre nur dann unmöglich, wenn er als unbegrenzt angesehen würde. Mittlerweile, seit wir wissen, daß Atomkrieg führbar ist, müssen wir mit seiner Möglichkeit rechnen.

Es sind nicht die Völker, die den Krieg durch ihre Aggressivität oder ihre individuelle Gewalt anzetteln, sondern es sind die Staaten mit ihren Armeen. Die Gewalt der Bevölkerung spielt überhaupt keine Rolle. Ein Volk kann sanftmütig und pazifistisch sein und trotzdem eine kriegerische Regierung haben. Krieg ist Sache der Staaten und der Armeen.

Um die Formel von Clausewitz³ in Erinnerung zu rufen: Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, das heißt mit militärischen Aktionen.

Der Krieg untersteht politischen Zielen. Der Staat setzt sich diese politischen Ziele. Das Volk und das moralische Gewissen können nur in dem Maße auf den Krieg einwirken, wie sie auf die politischen Ziele des Staates einwirken und sie begrenzen können. Wir befinden uns heute in einer zwischenstaatlichen Weltordnung⁴, deren oberstes Prinzip die nationale Souveränität ist. In dem Maße, in dem dieses Prinzip mit Nachdruck

vertreten wird, ist es unmöglich, den Krieg aus den internationalen Beziehungen zu eliminieren. Denn der souveräne Staat erlaubt keiner Instanz über ihm, ihm Gerechtigkeit vorzuschreiben. Der souveräne Staat bestimmt allein, welches seine Rechte sind und damit, was politische Gerechtigkeit ist. Anders herum, der Staat beansprucht für sich das exklusive Recht, Waffengewalt anzuwenden. Der Krieg eines Staates ist *per definitionem* gerecht aus sich selbst, weil keine andere Instanz fähig ist, ihm dieses Recht streitig zu machen. Der Staat entscheidet souverän, wann der Rückgriff auf seine Truppen notwendig ist, um seine politischen Ziele zu schützen. Den Krieg in Zweifel zu ziehen, bedeutet immer auch die Souveränität zu bezweifeln und oft auch die Stabilität des Staates zu beeinträchtigen. Deshalb schweigt auch das wache Gewissen so oft, weil niemand beschuldigt werden will, das Überleben des Staates in Gefahr zu bringen.

An zweiter Stelle ist Krieg Sache der Armeen. Er wird schlimmer, je größer das Waffenpotential ist. Einmal den Armeen anvertraut, folgt der Krieg seinen eigenen Gesetzen. Laien können dann kaum noch mit ihren Ansichten die Oberhand behalten. Militärische Aktionen sind durch die Notwendigkeit zum Sieg bestimmt, das heißt, die Notwendigkeit, den Willen des Gegners, der sich gegen den Staatswillen wendet, zu zerstören.

Dies begrenzt das Betätigungsfeld des Gewissens. Es kann nur in dem Maße tätig werden, in dem es ihm erlaubt ist, entweder auf die Festlegung der Staatsziele einzuwirken, oder aber den Militärhaushalt zu kontrollieren. Denn natürlich hängen die Möglichkeiten zur Intervention vom Etat für das Militär ab. Schwache Armeen können vom Staat, der sie ja in Dienst hat, weniger leicht dazu gebracht werden, zu intervenieren. Die Orientierung der Politik hängt ab von den Zielen, die sie sich gesetzt hat, aber auch von den Mitteln, über die sie verfügt. Bis zu welchem Punkt können Bürger in der Praxis Handlungsmöglichkeiten ausschöpfen, die ihnen theoretisch offenstehen?

III. Das Recht der Staaten

Der Staat hat viel mehr Möglichkeiten, das Gewissen der Bürger zu beeinflussen, als diese das Gewissen des Staates. Bei Diktaturen ist dies selbstverständlich. Aber selbst bei Staaten, die nach demokratischen Prinzipien geordnet sind,

weiß man, wie sehr die Partizipation der Bürger im Bereich der Außenpolitik und des Militärwesens eingeschränkt ist. Der Staat selbst ist Herr über die meisten Informationen in dieser Sache, und eine Kontrolle der Information ist ein fast unfehlbares Mittel der Gewissenskontrolle. Wenn man exakte Informationen über die Außenpolitik oder das Militärwesen erhält, so ist dies schon ein Baustein zum Frieden, aber wie schwer ist dies! Die Amerikaner wurden sich über das Problem Vietnam klar, aber nach welcher langer Zeit erst! Und was Mittelamerika betrifft, wie soll man da die Wahrheit wissen? Wer kennt schon die Wahrheit in bezug auf das Öl und die Schwierigkeiten des Mittleren Ostens? Und dies alles, obwohl es eine «freie» Presse gibt!

Auf der anderen Seite kann der Staat leicht das allgemeine Bewußtsein beeinflussen. Er kann leicht zu seinen Gunsten Gefühle mobilisieren, die tief in die Psychologie des Volkes hineinreichen. Zunächst identifiziert er sich mit dem Vaterland und mit dem Volk, indem er nämlich glauben macht, daß das Schicksal und das Überleben des Volkes, daß sogar die Existenz des Vaterlandes an sein Schicksal gebunden sind. Auf diese Art und Weise überträgt sich der Patriotismus auf den Staat, der traditionell an Heimat, an Kultur, an Vorfahren festgemacht wird. Die Menschen identifizieren sich mit dem Staat wie mit ihrem Vaterland. In vielen Gebieten ist diese Identifikation fast vollständig. Man braucht dann nur noch an den Patriotismus zu appellieren, damit die Menschen die Reihen um den Staat und um seine Fahne schließen. In vielen Ländern sind die Truppen Symbol des Vaterlandes. Sie werden geliebt und respektiert wie das Vaterland selbst.

Auf einem niedrigeren Niveau vielleicht, aber manchmal genauso stark kann der Staat die religiösen Gefühle der Menschen beeinflussen. Er macht glauben, daß die Religion in Gefahr ist, wenn er selbst seine Ziele nicht verwirklichen kann. Und so mobilisiert er die Bürger für die Sache der Religion. Beispiele aus islamischen Ländern erinnern uns, daß dies nicht der Vergangenheit angehört. Zum andern kann der Staat den Einsatz für die Sprache, für die Tradition oder für die Kultur manipulieren; und es ist nicht leicht, diese Formen von Manipulation aufzudecken. Das Nationalgefühl ist tief verwurzelt, und die Menschen sind geneigt, den Staat mit dem Überleben des Vaterlands zu verwechseln. Da nun die Verbundenheit mit dem Vaterland,

der Religion, der Kultur ein so absolutes Gefühl ist, absoluter als wirtschaftliche Güter oder die Verteidigung sozialer Fortschritte, führen sie leichter zu radikaleren Mitteln, das heißt zu militärischen Mitteln. Nichts bewirkt mehr, daß die Menschen sich zu einem Krieg hinreißen lassen, als sie glauben zu machen, Heimat, Religion oder Sprache seien in Gefahr.

Will man also für den Frieden arbeiten, muß man Werte wie Religion, Vaterland, Sprache oder Kultur so weit wie möglich von der Politik entfernen. Denn dies sind Zündstoffe, die die Massen tief bewegen und die sie fast unbewußt zum Krieg führen.

Es ist natürlich richtig, daß der Staat bis zu einem gewissen Punkt ein wichtiger und nützlicher Mittler sein kann, um diese fundamentalen Werte zu bewahren. Aber, in deren Namen fordert der Staat von den Bürgern absolute Loyalität. Es ist in der Sache unmöglich, dem Staat seine Loyalität in allem zu geben, außer beim Krieg. Bei der derzeitigen Weltordnung und unter dem Prinzip der nationalen Souveränität ist Krieg ein unverzichtbares Mittel der Politik. Was also zur Entscheidung steht, sind die Politik und die Grenzen der Loyalität zum Staat. Es ist vergeblich zu fordern, daß der Staat nur im Fall der legitimen Verteidigung seiner Rechte auf den Krieg zurückgreift. Denn *per definitionem* verfolgt der Krieg immer die Verteidigung der Rechte des Staates. Krieg ist kein Akt irrationaler Gewalt. Es stellt sich daher eher die Frage, welches die Rechte sind, die der Staat mit einem Krieg verteidigen darf.

Es erweist sich aber als unmöglich, abstrakte Regeln aufzustellen. Am Ende wird sich ergeben, daß der Staat das Recht in Anspruch nimmt zu entscheiden, welche Rechte es wert sind, durch Krieg verteidigt zu werden, und welche nicht.

Manche berufen sich auf das Recht zu überleben. Das Überleben eines Staates jedoch ist selten in Frage gestellt. Außerdem gibt es Staaten, die ein Zusammengehen mit anderen akzeptieren, ohne sich verletzt zu fühlen. Zum Beispiel Gambia.

Es ist Sache der Staaten, für sich das Recht auf Verteidigung des nationalen Territoriums in Anspruch zu nehmen. Die Vorstellung vom Nationalterritorium ist aber sehr dehnbar. Die von den Staaten kontrollierten Territorien sind alle Resultate von historischen Zufällen. Aber sie werden oft so sehr sakralisiert, daß der Verlust

eines Teilgebietes moralisch dem Ruin der Nation gleichkommt und so einen Kriegsgrund liefert; dies ist wohl bei den meisten Grenzkonflikten in Lateinamerika der Fall. So auch beim Falklandkonflikt für Argentinien genau so wie für England. Manche Staaten geben einen Teil ihres Territoriums mit oder ohne Entschädigung ab. Andere nicht. Sie geben es um so weniger leicht ab, als sie glauben, die militärische Stärke zu haben, ihre Ansprüche zu verteidigen.

In manchen Staaten wird die Verteidigung des Sozialsystems oder des Wirtschaftssystems als Kriegsgrund angesehen, sogar die Aufrechterhaltung einer bestimmten Regierungsform. Für viele genügt die Verteidigung gegen den Kommunismus und die Möglichkeit des Eindringens eines kommunistischen Regimes, um den Krieg zu legitimieren. Für die kommunistischen Staaten wäre die Rückkehr zu einer kapitalistischen Staatsform ein *casus belli* sondergleichen. Für Europa stellt sich also die Frage: Ist die Demokratie es wert, durch Krieg verteidigt zu werden? Ist es nötig, Krieg zu führen, um eine Finnlandisierung zu vermeiden? Was ist der Mühe wert, durch einen Krieg verteidigt zu werden? Ist der wirtschaftliche Wohlstand des Westens ein solcher Wert?

Manche Staaten glauben, daß ihre Sicherheit auf dem Spiel stehe, falls ihnen politische oder wirtschaftliche Vorteile genommen werden. Seit 1947 glauben die Vereinigten Staaten, daß es ihre nationale Sicherheit verlange, daß die kommunistische Expansion auf die Grenzen, die im Abkommen von Yalta zwischen den Weltmächten festgelegt wurden, beschränkt bleiben solle. Jede kommunistische Überschreitung dieser Grenzen stellt einen Kriegsgrund dar: so der Koreakrieg, der Vietnamkrieg und viele offen oder verdeckt bewaffnete Interventionen in fast allen Kontinenten. Natürlich kann ein weniger mächtiger Staat nicht solche Ansprüche hegen.

Schließlich fühlen sich manche Staaten zum Krieg durch eingegangene Bündnisse, durch Beistandsverträge oder durch implizite Solidarität verpflichtet. Die Glaubwürdigkeit ihres Auftretens rechtfertigt den Krieg. Es versteht sich von selbst, daß jeder Staat für sich bestimmt, wo er glaubt, durch Vertrag verpflichtet zu sein.

Die Festlegung all dieser Rechte, die je nach Nation oder Zeit sehr verschieden sind, muß der Staat leisten. Aber der Staat lebt in Symbiose mit den Völkern, die er kontrolliert. Er kann von daher beeinflusst werden. In unseren Tagen stellt

sich der Staat immer mehr als große Bürokratie dar, die unflexibel ist und wenig aufnahmebereit für ausdrückliche Einflüsse. Der Staat ist durchgezogen von Meinungen, die nur schwer zu identifizieren und noch schwerer zu lenken sind. Dort wenigstens, wo es Meinungsfreiheit gibt und wo Organe zur Verständigung zwischen Staat und Bürger vorhanden sind, können diese eingreifen, um die Definition der Rechte des Staates zu beeinflussen. Im allgemeinen haben die armen und wenig kultivierten Massen kaum Gelegenheit, zutreffende Informationen zu erhalten und ihre eigene Meinung zu artikulieren. Ihre Stimmen werden durch Parteien oder andere Bewegungen, falls sie existieren, kanalisiert. Beide sind aber immer sehr eng mit dem Staat verbunden. In der Regel sind Gewerkschaften und andere Volksorganisationen nicht weniger kriegerisch als die Regierungen. Sie sind es manchmal sogar stärker, besonders in den Vereinigten Staaten. Es gibt aber Klassen oder soziale Gruppen, die sehr wohl Einfluß ausüben können, besonders wirtschaftliche Gruppen. Mehr und mehr wird man auch der Meinung der Truppen Rechnung tragen müssen, weil sie immer weniger eine bloß «schweigende Macht» sind. In der Gegenwart sind die Streitmächte die wichtigste Bürokratie innerhalb eines Staates. Sie bilden einen Staat innerhalb des Staates, und ihre Meinung ist eine der wichtigsten, denen der Staat Rechnung tragen muß. Dies ist natürlich eine Bestärkung der zahlreichen Militärstaaten. Aber auch dort, wo wir Zivilregierungen haben, ist der Einfluß des Militärs wichtig. Auch hier sind die Vereinigten Staaten beispielhaft.

Können die Christen und ihre Kirchen es schaffen, einflußreiche Gruppen zu bilden? Im Verlauf des Algerienkrieges scheint die Kirche keinen wichtigen Einfluß auf den Rückzug Frankreichs gehabt zu haben. Genausowenig hat die Kirche bei den Befreiungskriegen im alten portugiesischen Machtbereich eine bedeutende Rolle gespielt: Im Gegenteil, sie hat den Kolonialkrieg des Regimes Salazar gestützt. Andererseits sieht es aber so aus, als hätten die Kirchen in den Vereinigten Staaten einen gewissen Einfluß bei der Beendigung des Vietnamkrieges und mehr noch bei der Rücknahme der Unterstützung des Somoza-Regimes in Nikaragua gehabt. Was die amerikanische Unterstützung der Armee in El Salvador betrifft, so widersetzen sich die Kirchen beharrlich und spielen eine wichtige Rolle bei den Oppositionskräften. Jetzt, wo wir

dies schreiben (Juni 1982), scheint es nicht so, als ob die Kirchen die Strategie der amerikanischen Regierung erfolgreich verändert hätten noch deren Vorstellung von ihrer Verantwortung. In den traditionell christlichen Ländern, wie in Europa oder in Amerika, sind die Kirchen im allgemeinen stark durch historische, soziale oder institutionelle Gründe an den Staat gebunden. Es fällt ihnen schwer, sich differenziert zum Staat zu äußern. Die Geschichte zeigt: Die Christen haben die Kriege fast immer gerechtfertigt. Sowohl in England als auch in Argentinien haben die Kirchen den Falklandkrieg gerechtfertigt. So haben die Kirchen Militärseelsorger, die sich bemühen, klar und deutlich zu bekräftigen, daß das Gewissen von Staat und Kirche identisch ist. Demgegenüber stellen schüchterne Einschränkungen, wie sie von einigen Prälaten oder von unrepräsentativen Gruppen kommen, kein Gewicht dar. Generell sind die Kirchen gegen Krieg, aber in besonderen Fällen befürworten sie ihn.

In den jungen Staaten Afrikas oder in Asien ist die Position der Kirchen im allgemeinen so schwach, daß sie es nicht wagen können, ihre Stimme zu erheben. Dort wo es keine Meinungsfreiheit gibt, nützte es nicht einmal etwas, die eigene Meinung zu äußern, weil die Bürger sie nicht erfahren würden.

Man braucht nicht eigens zu sagen, daß bei allen Kriegen die beiden Kontrahenten reale Rechte verteidigen und daß beide Seiten glauben, den Krieg rechtfertigen zu müssen. Die internationalen Konstellationen sind alle Produkte einer so komplexen Geschichte, daß jede Nation Beschwerde gegen alle anderen führen könnte. Jeder Staat hat genügend historische Gründe, um gegen irgend einen anderen Krieg zu führen. Wenn er es nicht tut, so deshalb, weil er entweder nicht stark genug ist, oder weil er glaubt, mit anderen Mitteln seinen Forderungen gerecht zu werden. Es ist zu beobachten, daß Konflikte oder gewisse Rechtsvorstellungen lange Zeit ruhen. Eines Tages werden sie dann mit den unterschiedlichsten Begründungen auf die Bildfläche gebracht.

Um es nochmals zu sagen, jeder verteidigt nur seine Rechte. Sind bei den Konflikten zwischen Staaten um gewisse Rechte diejenigen am geschicktesten, die einer der Parteien Recht geben? Es ist generell unmöglich, auf diese Frage eine objektive Antwort zu geben. Die mächtigsten Staaten sind im allgemeinen auch diejenigen, die

am eindringlichsten ihre Rechte verteidigen. Sie finden dort ihre Kriegsgründe, wo weniger mächtige genügend Motive finden würden, um zu verhandeln und sich zusammzusetzen.

Weil es keine Objektivität von Recht gibt, berufen sich die Staaten oft auf die nationale Ehre. Der Staat sieht sich nicht mehr in der Lage, irgendwelche Demütigungen zu ertragen. Es fällt ihm daher leicht, mit den Bürgern das Gefühl von Unehre zu teilen und den Wunsch, die Ehre zu retten.

Die Kriterien für Unehre sind aber noch zufälliger. Die mächtigsten Nationen sind am empfindlichsten. Die anderen müssen sich in ihr Schicksal ergeben und ihre Ehre auf andere Gebiete verlagern. Menschen können Ehre durch Sport, Kunst oder Archäologie sublimieren, man denke nur an Mode oder das Schönheitsideal bei Frauen.

IV. Was ist zu tun?

Blickt man auf den Lauf der Geschichte zurück, so kommt man zu dem Schluß, daß alle Kriege hätten vermieden werden können. Man hätte die Konflikte früher ansprechen können, sie rechtzeitig begrenzen oder mit anderen Mitteln lösen können, wenn man sich ihrer rechtzeitig angenommen hätte. Es ist eine Tatsache, daß Kriege eigenständigen politischen Gesetzmäßigkeiten folgen. Wenn man nicht rechtzeitig Lösungen findet, gleitet die Politik unmerklich auf einen Krieg zu, und von einem gewissen Punkt an ist dies irreversibel.

Um einen Krieg zu vermeiden, gibt es fast immer eine theoretisch mögliche politische Maßnahme. Also stehen am Anfang eines Krieges fast immer politische Fehler, Schwächen, oder es fehlt an Wachsamkeit oder Intuition.

Dennoch ist die Politik nicht alles entscheidend. Irrtümer kommen immer vor. Man kann aber auf die Umstände einwirken, die es ermöglichen, auf Krieg als Lösung für legitime Verteidigung zurückzugreifen. Es gibt indirekte Möglichkeiten, auf den Staat einzuwirken: Informationsaustausch, Festlegung der politischen Ziele, der Rechte des Staates, der nationalen Ehre und des Militäretats. Daneben stehen die Menschen. Denn sie sind im allgemeinen genau so kriegswillig wie ihre Regierungen, wenn nicht sogar stärker. Im Volk gibt es ziemlich verbreitete und gefährliche Kräfte: den Patriotismus, das religiöse Empfinden, die Bindung an die Sprache. Dies sind Ursachen, die leicht Gewalt auslösen.

Was nun Christen und ihre Kirchen betrifft, so sind sie in besonderer Weise für religiöse Gefühle empfänglich. Es gibt nur wenig Kriegsursachen, die sich in der Geschichte als so wirkungsvoll gezeigt haben. Religion ruft leicht Gewalt hervor, wenn sie sich angegriffen fühlt. Dreizehn Jahrhunderte Krieg mit dem Islam, Jahrhunderte voller Religionskriege zwischen Christen, fast ein Jahrhundert Animositäten gegen den Kommunismus – dies alles muß uns warnen. Auch heute noch ist Religion die häufigste Kriegsursache. Die Kirchen handeln in dem Maß verantwortlich, in dem sie das religiöse Empfinden in vernünftige Bahnen lenken können.

¹ S. die kommentierten und zitierten Werke von R. Aron: *Penser la guerre*, Clausewitz, II. *L'âge planétaire* (Gallimard, Paris 1976) 268–274.

² S. einen kurzen Überblick in unserem Buch: *Le pouvoir militaire en Amérique latine. L'idéologie de la Sécurité Nationale* (Delarge, Paris 1977).

³ S. die Auseinandersetzung von R. Aron mit den wichtigsten zeitgenössischen Konzeptionen in bezug auf Clausewitz, in: *Penser la guerre*, Clausewitz (Paris 1976) Bd. 2.

⁴ S. R. Aron: *Paix et guerre entre les nations* (Calman-Lévy, Paris 1962).

Aus dem Französischen übersetzt von Barbara Schröder

JOSEPH COMBLIN

1923 in Brüssel geboren. 1947 Priesterweihe. Promotion zum Doktor der Theologie an der Universität Löwen. 1958 Über-

siedlung nach Lateinamerika. Arbeitete vor allem in Brasilien (1958–1961 Campinas; 1965–1972 Recife; seit 1980 João Pessoa), in Chile (1962–1965 Santiago; 1972–1982 Talca), aber auch in anderen Ländern, namentlich in Ecuador (1968–1973 beim IPLA in Quito; Riobamba). Außerdem seit 1971 Professor der Theologie an der Katholischen Universität Löwen. Zeitweise auch Gastprofessor an der Harvard Divinity School, USA. Veröffentlichungen zum hier behandelten Thema u. a.: *Théologie de la Paix*, 2 Bde (Editions Universitaires, Paris 1960 u. 1963); deutschsprachige Ausgabe: *Theologie des Friedens* (Styria, Graz 1963) *Théologie de la révolution* (Editions Universitaires, Paris 1970); *Théologie de la pratique révolutionnaire* (Editions Universitaires, Paris 1974); *Le pouvoir militaire en Amérique Latine. L'idéologie de la Sécurité Nationale* (Delarge, Paris 1977); *The Church and the National Security State* (Orbis Books, Maryknoll, N. Y., 1979); *O tempo da ação. Ensaio sobre o Espírito na história* (Ed. Vozes, Petrópolis 1982). Anschrift: Casilla 7, Talca, Chile.